

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 312
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 19. November 1932.

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1933.

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1933 steht im Zeichen der andauerenden Wirtschaftskrise. Hatten schon die Verhältnisse in den Jahren 1931 und 1932 zu wesentlichen Einschränkungen geführt, so musste für das Jahr 1933, um das Gleichgewicht im Gemeindehaushalt zu behaupten, auf diesem Wege fortgefahren werden. Da im Jahre 1931 die Kassenbestände im Wesentlichen aufgezehrt wurden und im Jahre 1932 ein ausgeglichenes Budget ohne Ueberschuss erstellt wurde, muss auch für das Jahr 1933 von vorneherein ein ausgeglichener Voranschlag vorbereitet werden. Die Gesamtsumme der Einnahmen ist mit 381,715.440 Schilling veranschlagt, die Summe der Ausgaben mit 383,399.090 Schilling, der verhältnismässig geringfügige Abgang von 1,683.650 Schilling beträgt weniger als 1/2 Prozent der Einnahmen, seine Bedeckung kann auf die, wenn auch geringfügigen Kassenbestände und auf die Guthaben der Gemeinde verwiesen werden. Ohne die buchmässigen Durchführungsposten, die den Verkehr von Gemeindestellen untereinander betreffen, betragen die kassenmässig wirksamen Einnahmen 358,236.850 Schilling (Rechnungsabschluss 1931: 391'7 Millionen Schilling, Voranschlag 1932: 374'4 Millionen Schilling), die Ausgaben 359,920.500 Schilling (Rechnungsabschluss 1931: 429'8 Millionen Schilling, Voranschlag 1932: 375'2 Millionen Schilling). Gegenüber dem Jahre 1929, das die höchsten Einnahmen brachte, weist das Jahr 1933 einen Einnahmerückgang von fast 100,000.000 Schilling auf, die Ausgaben sind ebenfalls um diesen grossen Betrag geringer geworden. Da die Personalausgaben gegenüber 1929 nur um knapp 4,000.000 Schilling zurückgegangen sind, mussten Einschränkungen auf anderen Gebieten gesucht werden. Das Wohlfahrtswesen ist davon unberührt geblieben. Die Bruttorausgaben auf diesem Gebiet sind für das Jahr 1933 mit derselben Summe veranschlagt, die im Jahre 1929 bei dem um 100,000.000 Schilling grösseren Budget ausgegeben worden ist. Die Investitionstätigkeit der Gemeinde musste erheblich verringert werden, obwohl sich niemand darüber täuscht, dass diese Verringerung schlechte Auswirkungen auf die Volkswirtschaft hat. Immerhin sind auch im Voranschlag 1933 47.000.000 Schilling für wertvermehrende Anlagen und sonstige Herstellungen und Inventaranschaffungen eingestellt. Daneben bestehen noch Budgetposten im Betrage von mehr als 60 Millionen Schilling für eine Fülle anderer Ausgaben, wie Erhaltung von Gebäuden, von Kanälen, Wasserleitungsanlagen etc., die dem Arbeitsmarkt neue Beschäftigung zuführen. Ausserdem planen die städtischen Unternehmungen für das Jahr 1933 Investitionen im Betrage von 20'7 Millionen Schilling.

Zu den Einnahmen der Gemeinde tragen die eigenen Abgaben, die noch im Jahre 1931 182'9 Millionen Schilling betragen haben, für das Jahr 1933 166'4 Millionen Schilling bei. Die Bundesertragsanteile sind mit 84'9 Millionen Schilling eingesetzt. Auch dieser Betrag wird nur erreicht, weil gemäss der im Abgabenteilungsgesetz enthaltenen Garantiebestimmung der Gesamtbetrag nicht geringer sein darf als die für das Jahr 1923 verrechnete Summe, vermehrt um 30 Prozent. Die Präliminierung der eigenen Gemeindeabgaben ist sorgfältig auf Grund der Ergebnisse im Jahre 1931 und in den ersten drei Quartalen 1932 vorgenommen worden und ergibt folgendes Bild:

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

	Voranschlag 1933:	Erfolg des Jahres 1931:
Grundsteuer.....	480.000 S	489.033 S
Wohnbausteuer.....	47,000.000 "	36,385.368 "
Bodenwertabgabe vom verbauten Grunde.....	2,400.000 "	2,791.514 "
Bodenwertabgabe vom unverbauten Grunde.....	1,800.000 "	1,290.008 "
Fürsorgeabgabe.....	55,000.000 "	68,572.849 "
Lustbarkeitsabgabe.....	13,500.000 "	16,018.158 "
Nahrungs-oder Genussmittelabgabe..	7,000.000 "	8,360.552 "
Fremdenzimmerabgabe.....	2,400.000 "	3,380.834 "
Wertzuwachsabgabe.....	8,000.000 "	8,506.897 "
Ankündigungsabgabe.....	800.000 "	824.068 "
Anzeigenabgabe.....	2,300.000 "	3,068.668 "
Hauspersonalabgabe.....	1,100.000 "	1,589.244 "
Pferdeabgabe.....	27.000 "	42.271 "
Hundeabgabe.....	800.000 "	850.606 "
Feuerversicherungsabgabe.....	4,300.000 "	3,787.398 "
Feilbietungsabgabe.....	300.000 "	366.176 "
Konzessionsabgabe.....	450.000 "	510.436 "
Verwaltungsabgabe und Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens...	980.000 "	1,070.612 "
Wasserkraftabgabe.....	4,200.000 "	4,707.382 "
Bierabgabe: 6 S vom Hektoliter..	6,000.000 "	8,130.181 "
Bierabgabe: 3'8 S vom Hektoliter.	3,800.000 "	5,153.760 "
Zuschlag zu den Immobiliargebühren.....	2,960.000 "	5,168.832 "
Zuschlag zum Gebührenäquivalente.	515.000 "	..
Zuschläge zu den Gebühren von Totalisator- und Buchmacherwetten.....	300.000 "	326.057 "

Hervorzuheben sind der Rückgang der Fürsorgeabgabe, in dem sich die wachsende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie die Lohnverkürzungen spiegeln, und die Steigerung bei der Wohnbausteuer, die auf die seit 1. Februar 1932 wirksame Steuererhöhung zurückzuführen ist. Die Abgabe vom Verbrauch von Gas und elektrischem Strom wird wie bisher der "Wag" als zinsloses Dar-^{lehen} zugeführt. Die Kosten der Gemeindeanleihen, die im Voranschlag vorgesehen sind, finden in den Rückersätzen der städtischen Unternehmungen, denen diese Anleihen seinerzeit zugeflossen sind, volle Deckung. Das Brauhaus der Stadt Wien soll im Jahre 1933 einen Ueberschuss von 300.000 Schilling (1931: 703.276 Schilling), die städtische Ankündigungsunternehmung 110.000 Schilling (1931: 114.607 Schilling) und die städtische Leichenbestattung 172.000 Schilling abliefern. Aus den Ausgaben der Finanzverwaltung sind die Beträge für die Wiener Messe mit 60.000 Schilling (1931: 180.000 Schilling) und für die Fremdenverkehrskommission, die auch die Kahlenbergaktien erworben hat, mit 1,200.000 Schilling hervorzuheben. Für Subventionen sind insgesamt 922.000 Schilling vorgesehen. Für Empfänge wird, obwohl deren Unterlassung in mannigfaltiger Hinsicht nicht wünschenswert ist, so wie auch schon im Jahre 1932 kein Betrag eingesetzt. Die Kosten der ehemaligen Gemeinsamkeit mit Niederösterreich, die sich jährlich langsam verringern, sind mit 3,710.000 Schilling veranschlagt. Eine Reserve für unvorhergesehene Ausgaben ist im Voranschlag nicht mehr enthalten. Jede Mehrausgabe gegenüber dem Voranschlag wird also durch Verringerung anderer vorgesehener Ausgaben oder durch Mehreinnahmen Deckung finden müssen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Die Personalkosten der Gemeinde sind insgesamt mit 181'8 Millionen Schilling vorgesehen (Rechnungsabschluss 1931: 188'1 Millionen Schilling, Voranschlag 1932: 184'2 Millionen Schilling). Die Anzahl der aktiven Angestellten der Gemeinde betrug am 1. August 1932 einschliesslich 2082 Vertragsangestellter 24.015. Dazu kommen noch 10.852 Pensionsparteien. Die Angestellten der städtischen Unternehmungen sind hier nicht mitgerechnet.

Wohlfahrtswesen.

Die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen stehen im Voranschlag an erster Stelle. Sie betragen fast 30 Prozent der Gesamtausgaben der Gemeinde. (1926 noch 22 Prozent). Auch die absolute Höhe der Ausgaben auf diesem Gebiete ist/nur um ein Geringes zurückgegangen. Im Jahre 1931 sind für diesen Zweig der Gemeindetätigkeit insgesamt netto 100,247.715 Schilling ausgegeben worden. Darunter haben sich Investitionen von 6,983.062 Schilling befunden, so dass auf den eigentlichen Betrieb rund 93,264.653 Schilling entfallen sind. Für 1933 werden Investitionen nur im Ausmass von 113.000 Schilling vorgesehen. Bei einer für 1933 eingesetzten Nettoausgabe von 91,066.480 Schilling verbleiben daher für den laufenden Betrieb des Wohlfahrtswesens 90,953.480 Schilling. Die Differenz gegenüber 1931, 2,311.173 Schilling, erklärt sich zunächst aus der Verringerung/Ausserdem muss berücksichtigt werden, dass seit dem Jahre 1931 die Gemeindeverwaltung aus dem Bestreben, den Belag der grösseren Jugendanstalten vollkommen auszunützen, hingegen aber den Betrieb der kleineren Anstalten, die nur wenig rationell geführt werden können, zu schliessen, eine Reihe solcher Einrichtungen stillgelegt, andere wieder an verschiedene Institutionen zum Betrieb übergeben hat. Der bisherige Betrieb der Kinderheilanstalt San Pelagio, der im Jahre 1931 noch rund 362.000 Schilling an Sachaufwand erfordert hat, wird im Jahre 1933 wegen der gegebenen Verhältnisse gleichfalls nur mit einem geringen Pauschalbetrag bedacht, da die Absendung weiterer Transporte mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel vorläufig unterlassen werden muss.

Für die Kleinrentnerhilfe sind im Jahre 1931 wegen der in diesem Jahre auch für 1930 erforderlich gewesen Nachzahlung noch 3,687.305 Schilling aufgelaufen, während für den gleichen Zweck im Jahre 1933 nur mehr 1,712.000 Schilling vorzusehen war. Als Beitrag des Landes Wien zu den Notstandsauhilfen und Altersfürsorgereuten ergibt sich trotz der im August 1932 vom Nationalrat beschlossenen Herabsetzung der Beitragsleistung der Länder von 1/3 auf 1/6 des Aufwandes für das Jahr 1933 ein Betrag von 13,459.000 Schilling, während im Jahre 1931 ^{15,368.000} Schilling erforderlich waren. Der ersparte Betrag wird für ^{andere} Wohlfahrtszwecke verwendet, wie es ja auch in Zeiten grösster wirtschaftlicher Not selbstverständlich ist. Die Erhaltungsbeiträge für 43.000 Personen und Pflegegelder für etwa 40.000 Kinder, die Geld- und Sachauhilfen erreichen einen Betrag von 26'5 Millionen Schilling (1931: 24'8 Millionen Schilling). Ueberdies werden die Strassenbahn 31 Millionen Freifahrtscheine für Arbeitslose zur Verfügung stellen.

Die Nettoausgaben für die Versorgungshäuser sind mit 9'3 Millionen Schilling, die Ausgaben für das Obdachlosenheim mit 915.000 Schilling veranschlagt. Für Verpflegskosten in fremden Fürsorgeanstalten sind 488.000 Schilling vorgesehen, die Mutterberatungsstellen werden 323.000 Schilling erfordern, die Kindergärten und Horte mit der Ausspeisung bedürftiger Kinder 5,778.000 Schilling, die Ausspeisung in den Volksschulen 2,115.000 Schilling, die Säuglingswäsche für Neugeborene 440.000 Schilling. Die Jugendfürsorgeanstalten der Gemeinde sind mit dem Aufwand von 4'6 Millionen Schilling bedacht, ausserdem sind für die Unterbringung und Verpflegung von

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

Kindern in fremden Fürsorgeanstalten Ausgaben von 1,789.000 Schilling in Aussicht genommen. Das Wiener Jugendhilfswerk wird wie alljährlich ungekürzt 200.000 Schilling für seine edlen Zwecke erhalten, die Aktion "Lehrlinge aufs Land" wie bisher mit 50.000 Schilling unterstützt werden. Für die Aktion "Jugend am Werk" sind 120.000 Schilling vorgesehen. Die Stipendien für Schüler verschiedener Lehranstalten sind nicht vermindert worden; 285.000 Schilling sind für diese Zwecke eingesetzt.

Auch die Ausgaben für das Gesundheitswesen sind sehr beträchtlich. Für die Krankenanstalten sind 6'9 Millionen Schilling bestimmt, denen Einnahmen von nur 3'1 Millionen Schilling gegenüberstehen. Die Anstalten für Geisteskranke verursachen 9'5 Millionen Schilling Ausgaben, denen bloss 2 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen. Für die Tuberkuloseheilstätten sollen 1'74 Millionen Schilling aufgewendet werden, von denen nur 204.000 Schilling wieder zurückfliessen. Für die Verpflegung von Wienern in anderen Krankenanstalten, Irrenanstalten und Tuberkuloseheilstätten sind ausserdem 3'45 Millionen Schilling vorgesehen. Für Arzneien, die an Arme abgegeben werden, sind 470.000 Schilling veranschlagt. Selbstverständlich werden die verschiedenen Beratungsstellen der Gemeinde (Beratungsstellen für Mütter, für Tuberkulose, für Geschlechtskranke, für Nerven- und Gemütskranke, für Trinker, für Geschwulstkranke, für Eheberatung etc) weitergeführt. Für Förderung des Sports und der Körperkultur sind 87.000 Schilling veranschlagt, für Gesundheitspflege in den Schulen (Schulzahnkliniken, Augenuntersuchungen etc) 522.000 Schilling. Das Berufsberatungsamt erfordert 69.000 Schilling, für die beiden Heusgehilfenheime werden 15.000 Schilling aufgewendet.

Trotz der Finanznot sollen eine neue Mutterberatungsstelle, zwei neue Kindergartenabteilungen und eine neue Schulzahnklinik im Jahre 1933 eröffnet werden.

Schulwesen.

Für das Schulwesen sind insgesamt 75'8 Millionen Schilling, mehr als ein Fünftel der gesamten Ausgaben der Gemeinde, vorgesehen. Im Sommer wird eine grosse Zahl von Schulhäusern einer gründlichen Reparatur unterzogen werden.

Wohnungswesen.

Der Wohnhausbau der Gemeinde musste schon im Jahre 1932 eine Einschränkung erfahren. Im Voranschlag für dieses Jahr sind 50,000.000 Schilling für diesen Zweck vorgesehen. Für das Jahr 1933 kann nur der Ertrag der Wohnbausteuer dafür Verwendung finden, aus dem auch die Kosten der Wohnbauanleihen und der Hypotheken für die mit Bundeswohnbauförderung gebauten Häuser und der für den Wohnhausbau erforderliche Personalaufwand bestritten werden müssen. Für die Bundeswohnbauförderungsbauten soll die Sparkassenhypothek von 9'7 Millionen Schilling, die 30 Prozent der Baukosten betragen, tatsächlich aufgenommen werden. Die Aufnahme war bereits im Voranschlag 1932 vorgesehen, konnte aber noch hinausgeschoben werden. Die Kosten für die zur Verbauung gelangenden Gründe sind nicht mit einbezogen, sondern werden aus den allgemeinen Gemeindemitteln gedeckt. Für eigentlichen Wohnhausbau kommen sonach 40'9 Millionen Schilling in Betracht. Es ist beabsichtigt, die 4.900 derzeit in Bau befindlichen Wohnungen im nächsten Jahr fertigzustellen und 4000 Wohnungen neu zu beginnen. Mit dem Betrag von 40,000.000 Schilling können bei sparsamer Bauweise alljährlich in Zukunft rund 4000 Wohnungen fertiggestellt werden. Bekanntlich gibt die Gemeinde Mietern in Althäusern, die infolge hoher Reparaturkosten mehr als den 400fachen Friedenszins zahlen müssen, Zuschüsse. Für diese ist ein Betrag von 900.000 Schilling (1931: 609.000 Schilling) vorgesehen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Technische Angelegenheiten.

Beim Bäderbetrieb sind die Errichtung eines neuen Kinderfreibades mit einem Kostenaufwand von 85.000 Schilling und die Ausgestaltung zweier Sommerbäder vorgesehen.

Die Ausgaben für den Strassenbau bleiben zwar hinter den im Jahre 1931 hiefür verwendeten Mitteln (9¼ Millionen Schilling) zurück. Immerhin war es möglich, für das Jahr 1933 7 Millionen Schilling vorzusehen, in welchem Betrag auch die erste Rückzahlungsrate an die GESIBA für den von ihr zur Durchführung eines ausserordentlichen Strassenbauprogrammes eingeräumten Kredit von 6 Millionen Schilling enthalten ist.

Auch beim Betrieb Brücken- und Wasserbauten mussten die Ansätze zur Bestreitung des unabweislichen Sachaufwandes gegenüber 1932 um fast 150.000 Schilling erhöht werden. Für die Vorarbeiten für eine neue Rotundenbrücke ist ein Betrag von 10.000 Schilling eingesetzt. Die Beitragsleistung für die neue Reichsbrücke ist nicht im Vorschlag der Gemeinde selbst enthalten, da diese grosse Ausgabe die Strassenbahn trifft.

Für den Betrieb und die laufende Erhaltung der Wasserversorgungsanlagen sowie deren Ausgestaltung ist für das Jahr 1933 eine Summe von 3,046.000 Schilling vorgesehen:

Für den Betrieb und die laufende Erhaltung der Kanalisationsanlagen wurden 1,246.000 Schilling, für deren Ausgestaltung 370.000 Schilling vorgesehen.

Für die Fortsetzung der Elektrifizierung der öffentlichen Beleuchtung sollen auch im nächsten Jahr 750.000 Schilling aufgewendet werden. Der VI. und VII. Bezirk sind bereits fertig ausgebaut. Nach Durchführung des Programmes für 1933 werden auch die Bezirke IV, V, VIII und XIV ausschliesslich elektrisch beleuchtet sein. Die Elektrifizierung der Beleuchtung in den Bezirken IX, XV und XX wird zu 90 Prozent und die der Bezirke XVI, XVII und XVIII innerhalb der Vorortelinie nahezu vollständig durchgeführt sein.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten.

Die im Vorjahr unterbrochene Ausgestaltung der Großmarkthalle durch Neuherstellung der Brückenhalle und Fertigstellung der Ladestraße der Fleischhalle wird im Jahre 1933 fortgesetzt. Die Hälfte der noch erforderlichen Gesamtkosten (650.000 S) sind im Voranschlag sichergestellt.

Die Lagerhäuser haben nach wie vor unter den geänderten handelspolitischen Verhältnissen gegenüber der Vorkriegszeit zu leiden. Das steigende Getreidegeschäft und die Herabsetzung des Zinsfußes lassen aber erwarten, daß die Lagerhäuser im Jahre 1933 nicht nur ihre Betriebsausgaben einschließlich der Wertabschreibungen, sondern sogar auch noch einen Teil der Verzinsung der Gebarungsabgänge der früheren Betriebsjahre werden decken können.

Starke Einschränkungen werden bei den sachlichen Erfordernissen des Amtsbetriebes vorgenommen. Während für Kanzleierfordernisse im Jahre 1931 noch 719.501 S, für die Nachschaffung und Ausbesserung der Einrichtungsgegenstände 268.468 S und für Dienstkraftwagen 128.750 S aufgewendet wurden, ist für diese Zwecke im Jahre 1933 ein Betrag von 545.750 S, 140.870 S und 79.700 S eingesetzt.

Für die Erwerbung von Gründen und Liegenschaften wurden im Jahre 1931/3, ^{noch} 464.396 S verausgabt. Für das Jahr 1933 ist für diesen Zweck ein Betrag von 1.000.000 S veranschlagt.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten.

Der Personalstand der Gemeindefeuerwehr wird in der Höhe des Jahres 1932, das ist mit 200 Mann beibehalten. Während für 1931 die Summe der Betriebsausgaben sich auf 2.184.638 S belief, macht der Gesamtaufwand für 1933 bloß 842.240 S aus. Bei der Feuerwehr werden trotz Sparmaßnahmen neue Geräte für rund 115.000 S angeschafft. Für Wahlangelegenheiten braucht für 1933 einschließlich des Personal- und allgemeinen Sachaufwandes bloß ein Betrag von 10.000 S gegenüber 480.000 S im Jahre 1932 vorgesehen werden. Die Subvention für Theater- und Musikaufführungen wurde in der Höhe des Jahres 1932 mit 20.000 S eingesetzt. Für die Förderung der Gegenwartskunst durch Ankäufe oder Ausführung von Kunstwerken ist außerhalb der Dotation der städtischen Sammlungen der namhafte Betrag von 75.000 S eingesetzt. Außerdem sind Kunstaufträge für Wohnhausbauten und bei der Friedhofsverwaltung vorgesehen.

Die städtischen Unternehmungen.

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für 1933 sind auf Grund der Wahrnehmungen des laufenden Geschäftsjahres aufgebaut. Das Gaswerk schließt nach Abschreibungen von den Anlagewerten im Ausmaße von 10.370.000 S und einer Rücklage für Ruhe- und Versorgungsgenüsse im Betrage von 500.000 S mit einem Gebarungsüberschuß von 117.000 S. Für Investitionen sind 7.282.000 S veranschlagt, die ihre Bedeckung aus den Abschreibungsbeträgen und Kassabeständen finden.

Auch die Elektrizitätswerke präliminieren einen bescheidenen Gebarungsüberschuß nach Abschreibungen von 14.750.000 S und einer Rücklage für Ruhe- und Versorgungsgenüsse von 500.000 S. Eine Rücklage von 5.500.000 S mußte mit Rücksicht auf die seinerzeitige Übernahme der Überlandzentrale vorgesehen werden. Die Elektrizitätswerke haben für Investitionen und Restzahlungen für Investitionen aus dem Vorjahre 8.540.000 S vorgesehen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Die Straßenbahnen werden von der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur, von der wachsenden Arbeitslosigkeit am stärksten beeinflusst. Während die Einnahmen aus der Personenbeförderung von Straßenbahn und Stadtbahn im Jahre 1931 130,526.935'56 S ausmachten, werden für 1933 nur mehr 105,178.500 S erwartet, also eine Mindereinnahme von über 25,000.000 S. Im Vergleich zu den Betriebsrückgängen der reichsdeutschen Städte ist Wien allerdings noch immer gut daran, was wohl in erster Reihe auf die vielfachen Begünstigungen, wie Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochen- und stark ermäßigte Monatskarten, die den Verkehr beleben, zurückzuführen ist. Die angenommene Zahl der Fahrgäste im Jahre 1933 (477,000.000) wird noch immer um rund 154,000.000 höher sein als die im Jahre 1913 erreichte Beförderungszahl. Für Investitionen haben die Straßenbahnen 4,732.000 S vorgesehen.

Das Brauhaus, das selbstverständlich auch unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse zu leiden hat, sieht einen Gebarungüberschuß von 300.000 S voraus und präliminiert für Investitionen 250.000 S.

Der voraussichtliche Gebarungüberschuß der Leichenbestattung beträgt 172.800 S, die Investitionen sind mit 87.000 S vorgesehen. Die städtische Ankündigungsunternehmung erwartet trotz der Ungunst der Zeit mit Rücksicht auf den unveränderten Reklamewert der gebotenen Ankündigungsmöglichkeiten einen Überschuß von 110.000 S, und zwar nach Dotierung aller notwendigen Rücklagen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Richtigstellung eines Irrtums:

Durch ein Versehen ist die Einnahmepost der Gruppe II.

Feuerversicherungsabgabe 4,300.000 Schilling

um 500.000 Schilling zu hoch; dagegen die

Wertzuwachsabgabe

um den gleichen Betrag zu niedrig eingesetzt.

.....